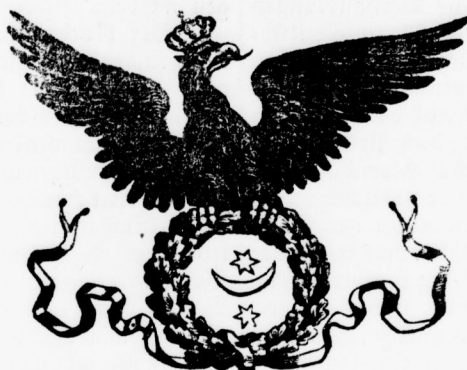


Halbjährlicher Abonnements-Preis für Halle und unsere unmittelbaren Abnehmer: 22 1/2 Sgr. Durch die resp. Post-Anstalten überall nur: 26 1/4 Sgr.

Der Courier.

Inserate für den Courier werden angenommen: In Leipzig in der Buchhandlung von S. Kirchner, Universitätsstraße, Gewandhaus Nr. 4. In Magdeburg in der Creuzschen Buchhandlung, Breitenweg No. 156.

Hallische
für Stadt



Zeitung
und Land.

In der Expedition des Couriers — Redakteur Dr. Schadeberg.

N^o 14.

Halle, Donnerstag den 18. Januar
Hierzu eine Beilage.

1849.

Deutschland.

Berlin, d. 17. Januar. Der Staats-Minister Milde ist von Breslau und der General-Major und Ober-Befehlshaber der deutschen Reichstruppen in den Herzogthümern Schleswig-Holstein, von Bonin, von Schleswig hier angekommen.

So gewichtig auch das Werk unserer neuen Justiz-Organisation ist, so verlautet doch noch durchaus nichts Näheres über dieselbe. Nicht einmal die betreffenden Justizbeamten selbst haben eine Ahnung davon, was aus ihnen werden wird, und man fürchtet deshalb, daß diese weitumfassende Angelegenheit bis zum 1. April noch keineswegs völlig erledigt sein wird. Denn jedenfalls werden, sobald die Absichten, welche die Regierung mit den einzelnen Beamten hat, erst bekannt sind, von den Beamten vielfache Wünsche ausgesprochen und Reklamationen erhoben werden, durch welche nothwendig noch weiltäufige Correspondenzen entstehen müssen. Die neue Organisation wird hauptsächlich von dem früheren Justiz-Minister Herrn Risler commissarisch geleitet, da der jetzige Justiz-Minister Hr. Rintelen durch die die neue Gesetzgebung betreffenden Arbeiten und durch die Geschäfte beim Staats-Ministerium zu sehr in Anspruch genommen wird. Nur soviel hört man, daß Hr. Risler selbst zum Präsidenten des neuen Berliner Appellations-Gerichtshofes bestimmt sein soll, und daß an seiner Stelle der jetzige Präsident des Ober-Appellations-Senats des Kammergerichts, Hr. Bonseri, nach Naumburg als Präsident des dortigen neuen Appellationshofes veretzt werden wird. Die übrigen Präsidenten des Kammergerichts werden wohl theils Abtheilungs- (Senats-) Präsidenten des Berliner Appellationsgerichts, theils Ober-Staats-Anwälte werden. (B. Z.)

Posen, d. 12. Jan. Die Liga polska sezt ihre Sitzungen in Kurnik fort und zwar werden dieselben in der dortigen Kirche abgehalten, nachdem auf Anordnung des Erzbischofs alle zum Gottesdienste nöthigen heiligen Geräthe daraus entfernt worden sind. Ueber die dortigen Verhandlungen erfährt man bis jetzt nichts Näheres, als daß dieselben sich nicht nur, wie Anfangs gesagt, auf Wahl eines Präsidiums der Liga, sondern sich hauptsächlich auch auf die Wahlangelegenheiten beziehen und auch die Demarkations- und Reorganisations-Frage einer weiltäufigen Besprechung unterliegen wird, — man wird kein ge-

segliches Mittel unbeachtet lassen, um die Zeichnung der Demarkationslinie zu verhindern. Zwar hat man rings um Kurnik Truppen zur Observation der daselbst versammelten Polen aufgestellt, doch beabsichtigt man durchaus nicht, sich in die Verhandlungen zu mischen und den Polen das freie Associationsrecht zu verkümmern, im Gegentheil ist die sonst in Kurnik stehende Compagnie von dort in die Nachbarschaft zurückgezogen worden, wiewohl die Polen selbst um militärische Besatzung des Ortes gebeten haben sollen.

Schleswig, d. 12. Jan. Von Preußen soll im Namen der Centralgewalt eine Note an den dänischen Hof ergangen sein, daß unter gewissen Bedingungen der Waffenstillstand als geündigt zu betrachten sei. (B. N.)

Aus Schleswig-Holstein, d. 14. Januar. Nach einer verlässlichen Mittheilung aus Sonderburg vom 12. d. sollen sich auf der Insel Usen 6000 Mann Dänen befinden, welche in keiner Weise Anstalten treffen, die Insel auf die verträglichste Truppenzahl zu räumen. Es sind in den letzten Tagen Kanonenschläge gehört worden, um die Eisdecke zu sprengen und in der Richtung nach Fühnen hin offenes Fahrwasser zu erhalten; die Vermuthung aber, welche hieraus geschöpft wurde, die Dänen machten sich auf den Rückzug von Usen, hat sich als total falsch erwiesen. Es ist nämlich die aus den Ortsschaften der Insel zum dänischen Militärdienst gezogene junge Mannschaft, welche deutschen Stammes ist, nach Fühnen übergeführt worden, um dort mit den Bonnen der dänischen Kriegszucht etwas gründlich bekannt gemacht zu werden. Die Garnison auf Usen ist in einem kläglichen Zustande; in den drei Städten Rugenstern, Norberg und Sonderburg liegen die Truppen vertheilt, aber nirgends finden sie die genügende Verproviantirung, weil auf der Insel durch den dänischen Militärdespotismus, welcher schon seit Jahren dort zu Hause ist, viel Armuth und Elend entstanden. Die Immediat-Kommission, an deren Spitze der fanatische Bischof Hansen (Sohn eines Schmieds auf der Insel) steht, treibt noch immer ihr Unwesen; jeder Deutschgesinnte wird verfolgt, jede Kundgebung patriotischer Gesinnung wie ein Verbrechen gestraft. (D. N.)

Frankfurt a. M., d. 14. Jan. Von Mitgliedern der Linken ist gegen den in der gestrigen Reichstags-Sitzung gefaßten Beschluß folgende mit 69 Unterschriften versehene

Protestation eingegeben worden. „Wir unterschriebene Vertreter des deutschen Volkes legen hierdurch vor Deutschland feierlich die Verwahrung ein gegen den von der Nationalversammlung in Bezug auf die Frage: welche Verhandlungen einzuleiten seien über die Stellung Oesterreichs zu Deutschland? — so eben gefassten Beschluß, welcher einen großen und wichtigen Theil Deutschlands von Deutschland abtrennt und somit das heilige und unverletzliche Recht der deutschen Nation auf ihre Einheit verletzt; welcher das Princip der Nationalität verleugnet und die dynastische Herrschaft als Grundlage der Staatengestaltung anerkennt; welcher nach dem dynastischen Princip die deutsche Nation unter das Haus Hohenzollern und das Haus Lothringen-Habsburg vertheilt; welcher, indem er darauf hingeht, dem nach Abtrennung Oesterreichs bleibenden Ueberrest Deutschlands der Oberherrschaft der preussischen Dynastie zu überantworten, zugleich die Freiheit Deutschlands zu vernichten droht (?); welcher, indem er die Eifersucht der deutschen Dynastien und Staaten hervorruft, die Ruhe und den Frieden Deutschlands auf lange Jahre untergräbt; welcher die Grenzen Deutschlands nach Süden und Osten blossstellt und zwischen dem Nordosten und Südwesten Deutschlands einen mächtigen Keil hineintreibt, dadurch aber Deutschland ohnmächtig und schwach macht; welcher Deutschland vom adriatischen Meere abschneidet und ihm allen Einfluß auf die untern Donauländer und den Südosten entzieht; welcher mithin mit der Nationalversammlung durch den Willen des Volkes gestellten Aufgabe: die Freiheit, die Einheit, den Frieden und die Macht Deutschlands zu begründen, in allen Punkten im schreiendsten Widerspruch steht, — wir erklären öffentlich: daß wir an der Fassung dieses Beschlusses keinen Theil genommen, vielmehr aus allen Kräften denselben bekämpft haben. Wir verwahren zugleich hierdurch vor aller Welt und für alle Zukunft das Recht der deutschen Nation auf ihre Freiheit, ihre Einheit und ihre Machtvollkommenheit.“

Die Unionsansichten der Gagern'schen Partei wären nach der „D.-P.-A.-Z.“ etwa folgende: Der Bundesstaat mit der einen Großmacht (Preußen) an der Spitze, wird das engere Deutsche Reich. Der Staatenbund zwischen dem engern Deutschen Reiche und den Staatstheilen Oesterreichs, den Deutschen und den Nichtdeutschen, wird das deutsche Reich. Das Ganze, die vereinigten Staaten Deutschlands und Oesterreichs werden durch eine Union verknüpft. Diese Union sei nicht bloß ein papierner Vertrag, sondern sei ein verfassungsmäßiges, durch jährliche Tagung lebendig bethätigtes, also auch der Ausbildung zugängliches Institut. Ausschüsse aus dem engern Deutschen Reiche (aus Volkshaus, Staatenhaus und Vertretern der Reichsgewalt zusammengesetzt) und Ausschüsse aus dem österr. Kaiserstaat, (aus der Provinz-, der Reichs- und der Regierungs-Vertretung zusammengesetzt) treten alljährlich an bestimmten Terminen zusammen, und zwar in Wien unter kais. österr. Vorh. und berathen und beschließen, ob und wie der Inhalt der Unionsakte betrieben, gefördert und erweitert werden kann. Dieser Inhalt betrifft gemeinschaftliche Politik für bestimmte Zwecke, gegenseitige Garantien, gemeinschaftliche Formen in Münze, Maß, Gewicht und Freizügigkeit, endlich gemeinsames Zoll-, Handels- und Verkehrswesen.

Frankfurt a. M., d. 14. Jan. Wir erfahren so eben aus ganz zuverlässiger Quelle, daß sich jetzt auch die k. sächsische Regierung dahin erklärt hat, daß sie, da die bedeutenderen süddeutschen Staaten damit einverstanden schienen, auch ihrerseits kein Bedenken habe gegen die Uebertragung der einheitlichen Oberherrschaft über Deutschland an die preussische Krone. Für den Fall jedoch, daß ein ersterer

Widerstand von Seiten Süddeutschlands einträte, würde sie wenigstens wünschen, daß die Reichsregierung zunächst ohne Erblichkeit auf die Person des Königs von Preußen übertragen werde.

Der Reichsrath Graf v. Giech ist heute in Folge erhaltener dringender Aufforderung auf ganz kurze Zeit nach München abgereist, um dort bis zur Ernennung eines anderen Präsidenten der Kammer der Reichsräthe die Leitung der Geschäfte dieser eben zusammentretenden Kammer zu übernehmen, da außerdem die Constituirung derselben gehindert sein würde.

Frankfurt a. M., d. 14. Jan. Drei Tage hindurch Vorwürfe der Parteien, Vorwürfe der Landmannschaften! Die Paulskirche ein Bild trauriger Zerrissenheit, des Erbübels unseres Vaterlandes; am dritten Abend aber ein heilender Ton edler Versöhnung, und ein ernstes Ueberwinden der Schwierigkeiten, die wie mächtige Felsen noch den Pfad zum nahen Ziele sperren. Eine mächtigere Rede, als die Gagern's, ist wohl selten gehört worden. Ihr Lesen kann diesen Eindruck nicht machen; denn der Ton ist's, der aus dem Innersten quillt, und darum das Innerste der Hörer faßt. Da legt sich auch das in Mißtrauen geübteste Gemüth besiegelt zu Füßen, und jeder fühlt, daß die Ehrlichkeit, auch wenn sie nicht verwundet, doch die siegreichste Waffe ist. Eine solche Rede kann nur aus deutschem Munde kommen, und ein Abend, wie der des 13. Januar wird nur in einem deutschen Parlamente erlebt. Darum auch die Zuversicht, die uns Alle wieder erfaßt hat, und bei den Reden Würth's und Vogt's schon schwinden wollte. Denn nie hätten wir solch' wollüstiges Wühlen in den Eingeweiden des Bruders für möglich gehalten, nie geglaubt, daß ein Deutscher seine Vorherfagung: „es wird nichts aus Ihrer deutschen Einheit!“ mit dem Frohlocken innersten Behagens ausrufen könnte. Aber noch niederschlagender war für uns das wilde Zujauchzen einer Partei, die doch auch auf deutschem Boden erzogen worden. Wenn es noch einer Bestätigung der öffentlichen Verurtheilung bedürfte, die Linke hätte sich an diesem Tage ihr Urtheil selbst bestätigt. Mit Recht sagte Hr. v. Wincke, daß solche Auftritte in Frankreich oder England unmöglich seien. — Daß fast alle Oesterreicher gegen Gagern gestimmt, ist natürlich, und die große Minderheit daher um so erklärlicher, als sich mit ihnen fast die ganze Linke verband. Daß aber Hannoveraner, Württemberger und vor Allem eine namhafte Anzahl Bayern sich auf Seite des jetzt Erreichbaren und daher allein Rettenden stellten, das ist's, was unsere Zuversicht belebt. Ist nur ein stattlicher fester Bau erst entstanden, so wird er ja gerne die Thüre offen halten für solche, die jetzt noch nicht kommen zu wollen scheinen, weil ihr Haus geschlossen genug, um sie vor dem Wind und Wetter zu schützen, dem wir nun einmal nicht länger uns aussetzen können. Sagte uns doch selbst Herr v. Würth von der Tribüne, vor drei Jahren könne an eine Solleinheit mit Deutsch-Oesterreich nicht gedacht werden! Hannover hat, wie wir hören, seinen Vertrag mit Nordamerika gekündigt, ohne dessen Aufhebung seinerseits dieser Eintritt in die deutsche Solleinheit nicht möglich wäre.

Karlsruhe, d. 10. Januar. Die neuesten Nachrichten aus Amerika bestätigen das Kranksein Hecker's. Nach Deutschland zurückzukehren, hat er aufgegeben. Mit der Politik will er, diesen Nachrichten zufolge, nichts mehr zu thun haben. Er hat sich im Staate Missouri angekauft, wohin ihm auch im nächsten Frühjahr nahe Anverwandte und mehrere europäische Freunde folgen werden.

Stuttgart, d. 15. Januar. Seit einigen Tagen war das Gerücht im Umlauf, es seien zwischen dem König und dem Ministerium wegen Einführung der Grundrechte, zu welcher der

Monarch seine Einwilligung verweigert hätte, Differenzen entstanden, in Folge deren das Ministerium den Entschluß gefaßt habe, abzutreten. Dieses Gerücht widerlegt im heutigen Merkur folgende halbofficielle Mittheilung: Die Befürchtung, der König werde das Ministerium ändern, verdient keinen Glauben. Die Einführung der Grundrechte des deutschen Volks im vollsten Umfange unterliegt nicht dem geringsten Anstande.

Wien, d. 12. Jan. Heute sind der F. M. V. Baron Grabowsky und der Generalmajor Moga aus Pesth als Gefangene hierher gebracht worden, um sich vor einer Militärcommission zu verantworten. Beide haben ungarische Truppen gegen das k. k. Heer befehligt und namentlich hat sich der Letztere als Anführer der ungarischen Armee bei Schwachat durch bewaffnete Ueberschreitung der österreichischen Grenze eine schwere Schuld aufgebürdet. — Wie man vernimmt, soll ein österreichisches Truppcorps bei Szegebin den ungarischen Landsturm dergestalt angegriffen haben, daß er sich nach kurzem Gefecht nach allen Weltgegenden hin zerstreute. Nun sind nur noch zwei größere Heerhaufen der Insurgenten zu bekämpfen, nämlich in Oberungarn zwischen Schemnitz und Debreczin, wo sich Kossuth befindet, und im Banat, wo die Magyaren bedeutend im Vortheile sind. (Brsl. 3.)

Frankreich.

Paris, d. 11. Januar. Zweiunddreißig Mitglieder der Nationalversammlung haben sich bereits einschreiben lassen, um an der morgigen Debatte über den Rateau'schen Antrag auf Auflösung der Nationalversammlung Theil zu nehmen. Von diesen werden von parlamentarischen Notabilitäten gegen den Antrag sprechen unter andern Felix Phat und Cavaignac, für denselben Montalembert, Victor Hugo und Dupin. Der von Rateau gestellte Antrag, die Auflösung der Nationalversammlung betreffend, mit dessen Discussion sich die Versammlung in ihrer morgenden, voraussichtlich sehr stürmischen Sitzung beschäftigen wird, lautet: „Die gesetzgebende Versammlung wird auf den 19. März einberufen. Die Vollmacht der constituirenden Nationalversammlung erlischt mit diesem Tage. Die Behufs der Ernennung von 750 Mitgliedern, aus denen die gesetzgebende Versammlung bestehen soll, notwendigen Wahlen werden am 4. März stattfinden. Bis zu der festgesetzten Zeit ihrer Auflösung wird sich die Nationalversammlung hauptsächlich mit dem Wahlgesetz und dem Gesetz über den Staatsrath beschäftigen.“

Gestern Morgen entstanden in Folge der Weigerung der Weinwirthe, die Steuerbeamten in ihre Häuser einzulassen, in der Vorstadt Batignolles abermals bedeutende Unruhen, welche das Einschreiten der 1. und 2. Legion der Nationalgarde und von 3000 Mann Linientruppen nöthig machten. Die Vorstadt wurde militärisch besetzt und sogar Kanonen aufgeföhren. In dessen war gegründete Hoffnung vorhanden, daß die eingeleiteten Unterhandlungen zum Ziele führen würden.

Die „Assemblée Nationale“, das Organ der Orleansiden, ist der Meinung, daß Dufour's Besuch im Elysee National noch einen andern Zweck habe, als den, seinem ehemaligen Berner Kriegsschüler (Louis Napoleon) zu der Besteigung des Präsidentsstuhls Glück zu wünschen. Der schweizerische Bundesstaat glaube nämlich, daß im nächsten Frühjahr ein allgemeiner Krieg ausbrechen werde, und alsdann auch für die Schweiz Eventualitäten eintreten dürften, welche ihr jetzt zu Befürchtungen Anlaß geben. Einmal eine Veränderung im Gesandtschaftspersonal, wodurch den Sonderbundshäuptern wieder die Regierung in die Hände gespielt werden könnte, ferner Maßregeln Oesterreichs gegen die Schweiz, endlich aber auch An-

sprüche Preußens wegen Neuchatel, in Betreff dessen bereits in Potsdam eine sehr bestimmte Note abgefaßt sein soll. Aus diesen Gründen nun sei Dufour nach Paris gereist, um zu erfahren, was Frankreich thun würde, falls sich diese Befürchtungen als begründet erweisen sollten. (Fr. D. N. 3.)

(Wir geben aus den eben ankommenden Blättern das Resultat der Abstimmung über die Zulassung des Rateau'schen Antrags zur Diskussion. Es stimmten ab 805, die absolute Majorität ist 403. Es stimmten für die Inbetrachtung des Antrages 404, dagegen 401, mithin wäre der Antrag mit einer absoluten Majorität von einer Stimme oder einer relativen von drei angenommen; indeß haben die Secretaire wahrgenommen, daß einige Repräsentanten gleichzeitig mit blauen und weißen Stimmzetteln abgestimmt, so daß eine neue Verifikation der Abstimmung nöthig wird, welche morgen erst stattfinden soll. Also ist auch auf morgen erst die definitive Entscheidung des Schicksals dieses Antrags zu erwarten.) (Magd. 3.)

Großbritannien und Irland.

London, d. 10. Januar. Die Aeußerungen der Blätter lassen, wenn sie wirklich die Ansicht des englischen Cabinets ausdrücken, keinen guten Erfolg für die Friedens-Unterhandlungen zwischen Deutschland und Dänemark, welche in London geführt werden sollen, erwarten. Selbst der „Globe“, der als Organ Lord Palmerston's betrachtet wird und bisher eine gemäßigte Haltung in dieser Frage einnahm, bringt bereits einen zweiten Artikel, worin die Untrennbarkeit der Herzogthümer bestritten und mit Bezugnahme auf die Bundes-Akte und die Erklärung des preussischen Bundestags-Gesandten im Jahre 1823 Deutschland das Recht zur Einmischung in die schleswigschen Angelegenheiten abgesprochen wird. Ja, dieses Blatt will sogar die aus der Auflösung des deutschen Reichs im Jahre 1806 hervorgegangene Incorporation Holsteins als zu Rechte bestehend ansehen und daraus auf Gleichstellung der Thronfolge mit Dänemark schließen, obgleich es gewisse Beziehungen Holsteins zu Deutschland einräumt.

Spanien.

In dem Gefühle der Nothwendigkeit, die Würde und das Ansehen des Oberhauptes der katholischen Kirche aufrecht zu erhalten und dem heiligen Vater eine von allen äußeren Einflüssen unabhängige Stellung zu sichern, schlug das Cabinet von Madrid sämmtlichen katholischen Höfen und Regierungen Europas vor, einen Congress an einem zu bestimmenden Ort zu versammeln, um darüber zu berathen, wie im Interesse der katholischen Christenheit wie des Weltfriedens der Paps in seine volle Autorität wieder einzusetzen sei.

Türkei.

Belgrad, d. 8. Januar. Der Sultan hat einen Ferman erlassen, welcher auch den Christen gestattet, zu den hohen Würden eines Paschas oder Bejiers zu gelangen. Die Verlautbarung dieses Fermans soll von den Muselmännern mit Murren aufgenommen worden sein.

Vermischtes.

— Sangerhausen, d. 15. Januar. Heute wurde hier ein Akt der Gerechtigkeit gegen den am 21. März v. J. durch die Gewalt der damaligen Umstände von seinem Amte entfernten Bürgermeister Rhone ausgeübt, indem derselbe nach einer langen Untersuchung, deren Resultat des Angeklagten Unschuld im klarsten Licht dargestellt hat, wieder in sein Amt eingesetzt wurde. Viele Bürger nahmen an dieser Feier Theil und kein Auge blieb bei den rührenden Worten des vielfach gekränkten Mannes trocken.

— Dresden, d. 15. Jan. Am 13. d. M. früh, hatten wir hier 20° Kälte, allein in der Nacht zum 14. trat auf einmal heftiges Thaumetter ein, so daß heute schon der Schnee in unserer Gegend fast gänzlich verschwunden ist. Die Bäche kamen in voriger Nacht Wasser und Eisgang und es ist daher wahrscheinlich, daß sich auch die Elbe Mittwoch oder Donnerstag in Bewegung setzen wird. Leider ist bei der frühen Jahreszeit aber zu fürchten, daß sich Eiszopfungen bilden werden, denn das Eis ist fest und in den höhern Gebirgsgegenden wird es doch nicht so stark thauen als bei uns; auch dürfte wohl bald wieder Frost eintreten.

— Bekanntlich wurde die fürstl. Metternich'sche Domaine Johannisberg am Rhein von der nassauischen Regierung im März oder April v. J. mit Sequester unter dem Vorwande belegt, ihr Besitzer sei mit Steuerentrichtungen im Rückstande verblieben. Diese Sache befindet sich nunmehr ausgeglichen, der Sequester ist aufgehoben und Fürst Metternich wieder in den unbeschränkten Genuß der Einkünfte seines Besitzthums gesetzt worden. (R. A. Z.)

— Zu Vlandillo (Garmarthen) in England ist eben eine neue Brücke vollendet, die drittgrößte des Königreiches. Sie hat 150 Fuß Spannung, besteht hauptsächlich aus schwarzem Marmor und kostet über 18,000 Pf. St., während die Gloucester-Brücke 60,000, die Chester-Brücke 40,000 Pf. St. kostet.

Deutsche Reichsversammlung.

Sitzung 149—150.

Die Hauptaufgabe beider Sitzungen bestand nach Erledigung einiger Präsidialanzeigen und einiger sehr linken Interpellationen, in der Berathung über den Bericht des Ausschusses zur Begutachtung des Programms des Reichsministeriums, betreffend die österreichische Frage. Der Antrag der Majorität des Ausschusses lautet: „In Erwägung, daß das Verfassungswerk für das deutsche Reich einzig und allein von der Nationalversammlung festzustellen und sonach die Vereinbarung mit den einzelnen Regierungen Deutschlands nicht zulässig ist; in Erwägung, daß die Feststellung des Reichsgebiets ein Bestandteil der Reichsverfassung ist; in Erwägung, daß es die Nationalversammlung mit dem ihr vom deutschen Volke gewordenen Verufe für alle zum früheren deutschen Bunde gehörigen Länder eine gemeinsame Verfassung zu geben, für unvereinbar erachtet, in die Auseinandersetzung der zum früheren deutschen Bunde gehörigen Länder Österreichs aus dem deutschen Bunde zu willigen; in fernerer Erwägung der eigenthümlichen Verhältnisse, die sich aus der bestehenden Verbindung deutscher und nichtdeutscher Länder in Desterreich ergeben; in endlicher Erwägung, daß die Feststellung der deutschen Verfassung eine innige, sowohl politische als kommerzielle Verbindung der zum früheren deutschen Bunde nicht gehörigen Länder Österreichs mit dem deutschen Bundesstaate nicht ausschließt, sondern eine solche vielmehr im offenbaren Interesse bei der Theile gelegen ist; faßt die Nationalversammlung folgende Beschlüsse 1) die vom Reichsministerium in dessen Erklärung vom 5. Januar d. J. ausgesprochene Zurückweisung eines Vereinbarungsprinzips für die deutsche Reichsversammlung im vollsten Maße anzuerkennen; 2) die Centralgewalt zu beauftragen, über das Verhältniß der zum früheren deutschen Bunde nicht gehörigen Länder Österreichs zu dem deutschen Bundesstaate zur geeigneten Zeit und in geeigneter Weise mit der österreichischen Regierung in Unterhandlungen zu treten.“

Die Majorität des Ausschusses trug daher darauf an, daß im Widerspruch mit dem Reichsministerium Deutsch-Oesterreich gegen den erklärten Willen der österreichischen Regierung und eines großen Theiles des österreichischen Volkes in den deutschen Bundesstaat aufgenommen und hinsichtlich der übrigen österreichischen Länder auf dem Wege der Verhandlung eine Verbindung herbeigeführt werde.

Die Minorität des Ausschusses beantragte dagegen: „die hohe Reichsversammlung wolle dem Reichsministerium die in der Vorlage vom 18. Dec. modificirt durch das Schreiben vom 5. Januar erbetene Ermächtigung erteilen.“

Außerdem hatten von Würth und Edel, von Steden und Gessen, von Linde, von Cassaur, Jordan aus Berlin, Simon aus Trier und im Verlauf der Verhandlung mehrere andere Mitglieder Anträge gestellt, welche aber, mit Ausnahme von zwei, die Persönlichkeiten und einen Adel der Versammlung enthielten, im Wesentlichen mit dem Majoritäts- oder Minoritätsurtheile übereinstimmten.

Nicht weniger als 94 Redner hatten sich einzeln lassen: ein Beweis, von welcher Bedeutung der Gegenstand war, über den endgültig ent-

schieden werden sollte. Der Berichterstatter des Ausschusses, Benedey aus Köln, eröffnete die Reihe der Redner. Er vertrat die Ansicht der Majorität des Ausschusses und verlangte, daß Deutsch-Oesterreich von dem übrigen Desterreich abgerissen und in den deutschen Bundesstaat aufgenommen werde. „Beschließt die Versammlung heute — sagte er — daß Desterreich von Deutschland getrennt werde, so bleibt es getrennt für immer, ähnlich wie Elsaß, Lothringen und Belgien.“ Reichsministerpräsident von Gagern sprach ungefähr Folgendes: „Ich nehme dasselbe Wort für mich in Anspruch, womit der Vortrager seinen Vortrag begonnen. Auch mir geht das deutsche Volk über Alles. Deutschlands Feinde mögen verderben und seine Freunde siegen. (Bravo!) Namens des Reichsministeriums habe ich der Versammlung am 18. v. M. eine Proposition vorgelegt, die wahrlich nicht leichtsin- nig und ohne daß die bewegte Frage nochgedrungen zur Entscheidung sich dargelegt, getroffen worden ist. Den Antrag der Majorität des Ausschusses, dem diese Vorlage zur Prüfung übergeben worden ist, kann das Reichsministerium nicht annehmen; dagegen macht es den Antrag der Minorität zu dem feingigen. Die Revolution, welche die Nationalversammlung in die Paulskirche gerufen, wo wir in Auftrag des Volks das Verfassungswerk Deutschlands zu gründen haben, ist wesentlich ausgegangen vom Gefühl des deutschen Volks, daß es die Rolle in Europa nicht spielt, welche ihm gebührt. Es liegt in der Natur der Sache, daß diejenigen Theile Deutschlands von dem Bedürfnisse der Einheit am meisten ergriffen wurden, die der nationalen Selbstständigkeit am meisten entbehrt haben. Darum machte sich dies Gefühl namentlich in den kleineren Staaten geltend, die im deutschen Bunde keinen Ersatz für dieses Bedürfnis fanden. Dieses Bedürfnis wurde am wenigsten von denjenigen Staaten gefühlt, die ein wirkliches Staatenleben führten. Am wenigsten war Desterreich von diesem Bedürfnis ergriffen. Beweis dafür ist, daß Desterreich im Vorparlamente so gut wie nicht vertreten war. Daß zur Begründung der nationalen Selbstständigkeit die Verfassung vom Jahre 1815 nicht genügend sei, darüber waren Alle einig. Wie es aber zu machen sei, daß Deutschland zu einem nationalen Leben gelange, ohne daß alle Grundlagen über den Haufen geworfen würden, dies war die Aufgabe zum Nachdenken für alle Freunde des Vaterlandes, und darum mußte zunächst an die Stelle des Staatenbundes ein Bundesstaat treten. Das Bedürfnis für Deutschland ist, daß es eine Gesamtregierung habe, gestützt auf den Gesamtwillen der Nation, der in der Gesamtvertretung sich ausspricht. Auf diesem Wege eine Verfassung zu schaffen, habe ich als unsere Aufgabe erkannt. Als eine Schwierigkeit, diese Aufgabe zu lösen, stellte sich das Selbstgefühl größerer Stämme dar, und mit diesem Hindernisse werden wir noch längere Zeit zu thun haben, auch nach der Schaffung der Verfassung. Die erforderlichen Opfer zu bringen, mußte denen am meisten kosten, die stolz sein konnten auf ihre Sondergeschichte im Vaterland und die sich sagen konnten, einen Staatszweck erreicht zu haben, den sie selbst zu erfüllen hatten. Diese Ansicht schien mir vor allem vorherrschend in Desterreich. Schon beim Wiener Congreß sprach sich das Bedürfnis Desterreichs aus, sich fest aneinander zu schließen. Damals gab Desterreich seine Vorläufe auf, um ein großes geschlossenes Ganzes bilden zu können, und richtete so seine Blicke mehr nach Osten. In dem Ausschussberichte macht man es Preußen zum Vorwurf, daß es von jeher nach der Hegemonie Deutschlands gestrebt habe. Gegen diese Idee, insofern sie als Kern meines Vorschlages bezeichnet wird, muß ich mich auf das Entschiedenste erklären. Die Hegemonie ist nicht der Zustand, den wir erstreben wollen. Mir liegt nicht ob, zu sagen, wie die Oberhauptfrage entschieden werden soll. Es ist dies nicht Sache des Ministeriums, sondern ein Vorrecht der Reichsversammlung. Wer da glaubt, daß irgend eine Verbindlichkeit von mir übernommen worden, die dem deutschen Interesse widerspricht, der thut mir ein Unrecht. (Bravo!) Man wird mir nicht verargen, auf dem Programm von Kremier zu fußen, nachdem es sich herausgestellt, daß die in demselben ausgesprochene Ansicht von der Mehrzahl der Bevölkerung der österreichischen Lande getheilt wird. Wird mir der Beweis geliefert, daß die Möglichkeit vorhanden ist, daß Desterreich für seine deutschen Provinzen in den deutschen Bund eintreten kann, so werde ich mich gegen einen solchen Beweis nicht sträuben, sondern suche ihn mir zu eigen zu machen. (Bravo!) Ich sage nicht, Desterreich darf nicht eintreten, sondern daß es das Recht hat, über diesen Schritt sich auszusprechen. Ich betrachte Desterreich fortwährend als im deutschen Bunde stehend. Das Band, welches im Jahr 1815 geschlossen worden, ist dasjenige, unter welches in Bezug auf Desterreich nie herabgegangen werden kann. Die Gesamtheit Deutschlands würde sich dagegen erheben. Das Feld der Verständigung mit Desterreich ist ein großes. Ich bin weit entfernt, aus der Nichterfüllung der Pflichten gegen die Centralgewalt Desterreich als ausgeschiedenen zu betrachten. Hierher gehören die Matricularbeiträge und das Contingent. Von größerer Wichtigkeit ist die Vertretung nach Außen. Die ganze europäische Politik hängt in diesem Augenblicke mit Desterreich zusammen. Der Verpflichtung, nach Osten und Westen zu schauen,

kann die Centralregierung nicht folgen, wenn sie nicht weiß, was in Wien geschieht. Soll sie diese Verpflichtungen erfüllen, so muß ihr der Weg offen gelassen werden, diese Angelegenheiten zu erfahren. Hierzu fehlen ihr im Augenblicke alle Mittel. Werden dem Ministerium diese Mittel nicht gegeben, so kann es seine Pflichten nicht erfüllen und es muß dieser Pflicht entgehen. Zu einer Beurtheilung des Programms von Kremser übergehend, spricht der Redner das Vertrauen aus, daß der österreichische Bevollmächtigte ihm seine Mitwirkung angeheben lassen werde, den Ausbau des Verhältnisses Oesterreichs zu Deutschland herbeizuführen. Ich bin kein Mann des Mißtrauens, am wenigsten gegen diejenigen, die ich erprobt habe. Ich habe es von jeher für wichtig gehalten, nicht daß Machtprüche ins Werk gesetzt werden, sondern daß die Beschlüsse der Versammlung der Zustimmung der Nation sich zu erfreuen haben und dann wird die Nation diese Beschlüsse auch zu vollführen wissen. (Bravo!) Was wir Souveränität der Nation nennen, war nicht nur ein Rechtsbegriff für mich, sondern auch ein Machtbegriff. Aber hierbei muß den Dingen Rechnung getragen werden, die friedlich gelöst werden müssen und die das Vaterland im entgegengesetzten Falle in Bürgerkrieg stürzen. Wir müssen Oesterreich um seinen Willen fragen, denn gegen seinen Willen dürfen wir ihm kein Verhältniß anbieten. Ich trete entschieden der Verdächtigung entgegen, die gegen Oesterreich sich kund gegeben. Ich wünsche daher, daß die Reichsversammlung das Ministerium autorisire, das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland festzusetzen. Will Oesterreich einen Unterschied machen in Bezug auf seine österreichischen Provinzen, so mag es sich darüber aussprechen. Dem Majoritätsantrage kann das Reichsministerium nimmer beitreten, weil darin eine zu beschränkte Autorisation ausgesprochen ist. Meine Thätigkeit wird darin bestehen, daß ich Unterhandlungen anknüpfe über die streitigen Gegenstände, über die Befugnisse der Centralgewalt gegenüber Oesterreich. Ich werde suchen den rechten Sinn festzustellen, in welchem die Nationalversammlung ihre Beschlüsse faßt. Ich werde endlich zu dem eigentlichen Verständniß über die Lage Oesterreichs verhandeln. Ich kann diesen Platz nicht verlassen, ohne zu erinnern, von welchen wichtigen Fragen es sich handelt. Ich möchte Alle zusammenfassen in eine Regierung, in eine Verfassung. Aber ich würde ein Feind des Vaterlandes sein, wollte ich Ihnen vorschlagen das Unmögliche zu erreichen.“ (Lebhafter Beifall.)

Arnth aus Wien führte aus, daß Oesterreich die verhängnisvollen Paragraphen 2 und 3 über das Reich nicht annehmen könne, fügte aber hinzu, daß diese Nichtannahme nicht so zu verstehen sei, als wolle Deutschland Oesterreich für immer aus Deutschland ausschneiden. Er wies den Vorwurf zurück, als ob die österreichischen Deputirten darauf hinarbeiteten, den Bundesstaat in Deutschland unmöglich zu machen. Ziegerer wählte den alten Bundestag wieder aufleben zu sehen, und behauptete, daß die österreichische Frage die Einheit und den Bundesstaat in Frage stelle. Wagner aus Steiermark forderte, daß Oesterreich ehrlich und wahr in den deutschen Bundesstaat eintrete und geschehe dies, so werde die Mehrheit des deutschen Volkes wissen, wer die Spitze des deutschen Bundesstaates bilden werde. Nach der Meinung dieses Abgeordneten wäre unter dieser Bedingung dem deutschen Volke die österr. Regierungswirtschaft bescheert. Forthans Rede konnte nicht verstanden werden, weil die Privatunterhaltungen der Abgeordneten zu lebhaft waren. Von Schmerling sprach Folgendes: „Der deutsche Mann, der an der Spitze des Reichsministeriums steht, und den ich mit Stolz meinen Freund nenne, hat ein wahres Wort gesprochen, indem er sagte, daß derjenige, welcher einem großen Staat angehört, eine bedeutende Geschichte für sich geltend machen könne. Man hat mir zum Vorwurf gemacht, daß ich in Wien ausgesprochen, ich sei stolz darauf, einem deutschen Staate anzugehören. Ich sagte dort, daß ich in Frankfurt die Mörder an der Paulskirche verdrängt, und in Thüringen und Baden die Anarchie bekämpft habe. Wenn man mich in Wien auszeichnete, so galt dies dem, was ich in Deutschland geleistet habe. (Eisenmann wird wegen Unterbrechungen zur Ordnung gerufen.) Ich sagte, ich sei stolz, ein Oesterreicher zu sein. Ich wiederhole dies. Machen Sie Deutschland einig, dann werden Sie eine Geschichte haben, bis jetzt haben Sie keine Geschichte. Gehen Sie nach Preußen, dort wird man vom alten Fritz, vom Marschall Bornwärs erzählen, in Oesterreich vom Kaiser Joseph und vom Prinzen Karl. Ich bin stolz, ein Oesterreicher zu sein, weil Oesterreich eine Geschichte für sich hat. Hier in Frankfurt werde ich dahin wirken, daß zwischen Oesterreich und Deutschland das festeste Band geknüpft werde.“ In Besprechung der Frage, ob die deutsch-österreichischen Provinzen mit Deutschland in staatliche Verbindung treten könnten, kommt der Redner auf die frühere Geschichte zurück, und hebt hervor, wie Oesterreich gegen den gemeinsamen Feind Deutschlands sich erhoben, als viele deutsche Fürsten mit Frankreich sich verbunden hatten. Und wenn das Streben Weiterreichs in Oesterreich als so verderblich sich erwiesen, wo waren denn die übrigen Regierungen Deutschlands, welche diesem Systeme entgegentraten? Die Stellung Oesterreichs, Deutschland gegenüber, ist keine Maßregel gegen die Souveränität dieser Versammlung, sondern durch die Nothwendigkeit hervorgerufen. Den Vorwurf der Zweideutigkeit der

österreichischen Regierung bezüglich des Programms von Kremser und der späteren Note widerlegt der Redner dadurch, daß es wohl nicht Zweideutigkeit zu nennen sei, wenn eine Regierung erkläre, daß sie nunmehr auf einem richtigeren Standpunkt stehe als vorher. Ein Staat, der über seine eigene Constitution keine Beschlüsse habe fassen können, habe noch weniger seine Stellung zu anderen Staaten aussprechen können. Der Redner erklärt, daß er sein neues Amt als Bevollmächtigter Oesterreichs niederlegen würde, wenn man ihm zumuthete, Deutschlands Neugestaltung hemmend entgegenzutreten. Der Weg der Verständigung werde ohne Zweifel zu einem gedehlichen Ergebnisse führen. Mißverständnisse zu beseitigen und Wege anzubahnen, das Wohl Oesterreichs, das Wohl Deutschlands zu fördern, dahin gingen seine Instruktionen als österreichischer Bevollmächtigter und in diesem Sinne werde er in vollster Aufrichtigkeit wirken.

L. Simon aus Trient, welcher zur Zeit in Pader den wahren Helden des deutschen Patriotismus und in den Meutereien vom 18. Sept. die Ritter der deutschen Freiheit erkannt zu haben vorgab, badete sich im Wohlbehagen in einer Fluth demokratischer Sophistik und so leidenschaftlicher Persönlichkeiten, daß er unter Anderem nicht zu begreifen behauptete, wie Schmerling nach seinen Thaten und Reden noch den deutschen Boden betreten und Abgeordneter im deutschen Parlament sein könne. Er erklärte sich gegen Oesterreich wie gegen Preußen, keines von Beiden taue zum deutschen Oberhaupte, aus dem sehr natürlichen Grunde, weil beide die trientische Republik nicht wollen. Raveaur bestritt der Reichsversammlung das Recht, Deutsch-Oesterreich von Deutschland zu trennen und meint, die Hindernisse, welche der Annahme und Ausführung der beiden Paragraphen 2 und 3 entgegenständen, wären unbedeutend. Er schilderte die von Niemandem in Abrede gestellten materiellen Vortheile, die aus der Vereinigung mit Oesterreich für Deutschland erwachsen würden und schloß mit dem Wunsche, daß an die Spitze von Deutschland eine republikanische Regierungsform trete, die Einzelstaaten möchten immerhin konstitutionelle Monarchien bleiben. v. Beckerath: „Den Behauptungen des Vorredners, daß gerade in Oesterreich die deutschen Elemente am vorherrschendsten seien, hält der Redner die Thatsache entgegen, daß von den 136 Abgeordneten aus Oesterreich nur etwa 90 in Frankfurt anwesend seien. Die übrigen fehlten, weil die betreffenden Bezirke gar nicht gewählt hätten. Der Redner geht in eine vergleichende Darstellung des Programms von Kremser und der später erfolgten Note der österreichischen Regierung ein und entwickelt hieraus die Nothwendigkeit der den Gegenstand der Beratungen bildenden Vorlage des Reichsministeriums. Es sei nicht denkbar, daß die österreichisch-deutschen Provinzen gleichzeitig einem Centralpunkt in Wien und einem andern Mittelpunkte in Frankfurt sich zuneigten. Oesterreich wolle das erstere und könne somit nur zugeben, daß die deutsche Verfassung die eines Staatenbundes sei. Eine solche Verfassung sei aber unmöglich, da in ihr eine freie, selbstständige Volksvertretung nach Bedürfnis nicht wirksam sein könne. Werde dem Reichsministerium die nachgeachtete Vollmacht ertheilt, so werde es gewiß eine lebensvolle Form für die innigste Verbrüderung Deutschlands und Oesterreichs finden, und fern von allem Particularismus, Gott sei des Zeuge, werde es das Gesamtwohl zu fördern sich bestreben. Der Redner glaube diese Versicherung geben zu müssen, um auszusprechen, daß zwischen dem Reichsministerpräsidenten und dessen Collegen die engste Solidarität herrsche.“ Der weimarsche Minister v. Widenbrug wollte die Gesamtregierung Deutschlands Oesterreich und Preußen mit gleichem Eintritt zuweisen, entschuldigte die österreichische Regierung, die nur gehandelt habe wie Preußen, Hannover u. s. w., bedauerte, daß die deutschen Staaten nicht alle gleich groß und mächtig wären, weil es dann viel leichter sei, ein Oberhaupt zu wählen und erklärte sich nach mehreren ähnlichen, die Sache gar nicht treffenden Phantasien und Phrasen gegen das Programm des Ministeriums Sagern. Sepp aus München sprach anfänglich etwas zu bayerisch und am Schlusse beantragte er unter großer Unruhe des Hauses: die Reichsversammlung möge durch das Reichsministerium bei der österreichischen Regierung dahin wirken lassen, daß Oesterreich mit seinem ganzen Länderkomplex in den deutschen Bundesstaat eintrete. Nach der Ansicht des Abgeordneten gäbe dies einen herrlichen deutschen Bundesstaat, worin etwa 40 Millionen deutsch und 30 Millionen Slaven wären. Die Gutmüthigkeit patriotischer Phantasien meint, die auswärtige Politik, Rußland, Frankreich und England, denen schon das einige Deutschland eine widerwärtige und die alte Politik gefährdende Erscheinung ist, würden so ganz müßig sitzen und zusehen, wie in ihrer Nähe das kolossalste Weltreich sich aufsturme um über einen ganzen Welttheil zu gebieten! Von Württemberg aus Wien verteidigte seinen Antrag, der dahin ging, daß „das Reichsministerium ermächtigt werde, mit der österreichischen Regierung zur Beseitigung der Schwierigkeiten, welche der Durchführung der deutschen Reichsverfassung in den deutsch-österreichischen Ländern entgegen stehen können und zur Anbahnung einer Union der außerdeutschen Provinzen Oesterreichs mit ganz Deutschland in Verhandlung zu treten.“ Am Schlusse seiner Rede verdächtigte der Oesterreicher, früher im Schmerling'schen Reichsministerium Unterstaatssekretär, die preussische Regierung und pries die österreichische in einer Art, die zu verstehen gab, daß die österreichischen Herren dem deutschen Volke ein Stück österreichischen Glüdes zugedacht

Eisenbahn-Actien.

haben. Beringsohn erklärte aber die Aussagen und Verdächtigungen Würtz's für grundlos und unwahr. Bismarck aus Hamburg führte aus, daß es keine Theilung Deutschlands sei, wenn Oesterreich zwar nicht in den deutschen Bundesstaat einträte, aber durch ein innigeres Band mit Deutschland verbunden werde. Die österreichische Kabinettpolitik unterwarf er einer gerechten Prüfung. M. Mohl suchte die Nothwendigkeit des Eintritts ganz Oesterreichs in den deutschen Bundesstaat vom Gesichtspunkte der materiellen Interessen zu empfinden, unter Beimischung herkömmlicher radikaler Redensarten. Die Verhandlung wurde darauf vertagt.

Uebersetzen wir den Gang der Verhandlung und den Inhalt der Reden, so stimmen wir dem Frankfurter Korrespondenten in der deutschen Reform bei, wenn er sagt, daß die Verhandlung den seit lange und hoch gespannten Erwartungen, die sich an die Debatte über Gagerns Programm und die Beziehungen Deutschlands zu Oesterreich knüpfen, nicht entsprechen haben. Ein großer Theil der beiden Sitzungen wurde durch Reden höchst mittelmäßiger Bedeutung, sowohl was ihren Gehalt als die Person der Redner betraf, ausgefüllt, die Rede, mit welcher Benedek die Verhandlungen eröffnete, bewegte sich ganz auf dem untergeordneten Gefühlstandpunkte, von dem derselbe alle politischen Fragen zu entscheiden gewohnt ist, und trug den trübseligen Charakter an sich, welcher allen politischen Expectationen Benedek's anleibt. Sein Ausschlußbericht über die schwabende Frage ist nun gar das schwächste Machwerk, das wohl je aus der Feder eines Referenten geflossen ist, es soll selbst unter den Mitgliedern der Mehrheit des Ausschusses die größte Unzufriedenheit erregt haben. Der Bericht enthält sogar Beispiele der leichtfertigen geschichtlichen Unwissenheit. Gagerns Rede trägt ganz den Stempel der edlen Einfachheit, verbunden mit imponirender Hoheit des Wesens, welche den großen Charakter dieses ausgezeichneten Mannes bezeichnen. Wer dieser würdevollen Geradheit gegenüber einen Blick auf die geschmeidige Gewandtheit wirft, womit seine Gegner den verhängenen Krümmungen machiavellistischer Politik nachgehen, der kann nicht umhin, die Größe auf der einen, die Kleinheit auf der andern Seite zu bemerken. Eigenthümlich ist das Auftreten des Oesterreichers von Schmerling. Eine unbestreitbar große Fertigkeit bewies er darin, mit einer gewissen diplomatischen Miene, mit dem Air, die wichtigsten Mittheilungen zu machen, welche den Stand der Frage wesentlich verändern mußten, Nichts zu sagen. Er wand sich auf diese Weise sehr gut durch die persönlichen Schwierigkeiten seiner Stellung hindurch, die in der That nicht gering sind, denn wenige Tage vorher, ehe er das Ministerium verließ, war er völlig bereit, der Reichsversammlung einen Antrag vorzulegen, welcher mit dem Gagernschen denselben Ausgangspunkt nahm, nämlich die Ansicht der Unmöglichkeit für Oesterreich, in den engeren deutschen Bundesstaat einzutreten und die Auslegung des Programms von Kremser in diesem Sinne. Nach Schmerlings Rede ist das österreichische Ministerium von seinen damals geäußerten Ansichten bekehrt und wahrscheinlich nimmt auch Schmerling dieses Recht der Bekehrung für sich in Anspruch, obwohl sie bei ihnen sehr rasch erfolgt sein muß, denn zwischen seinem Ausscheiden aus dem Ministerium und seiner Rückkehr als österreichischer Bevollmächtigter und Ueberbringer der famosen Note liegt kaum eine Zeit von 14 Tagen. So haben merkwürdiger Weise Schmerling und Fürst Schwarzenberg wunderbar schnell ihre Grundsätze und Ansichten geändert. Trotz der nichtsagenden Allgemeinheiten in der Rede Schmerlings ist doch eine Stelle darin, die werth ist, besonders ausgehoben zu werden, nämlich daß Oesterreich dem Zustandekommen des deutschen Bundesstaates nicht entgegenarbeiten wolle, falls es nicht darin einträte, nur verlange, daß man ihm die Thür offen lasse. Das aber ist die Politik der selbstfüchtigen Schlaubeit, welche die Umstände dahin wenden möchte, daß wenn Preußen an die Spitze Deutschlands berufen werde, dies ohne Erblichkeit geschehe. Schmerling treibt das Spiel separatischer Absichten, er ist zu sehr Oesterreicher, um nicht danach zu ringen, daß Deutschland in Oesterreich aufgehe und ein Stück jener Kabinettpolitik wieder zur Herrschaft gelange, durch welche Deutschland zum Reich der Ohnmacht und der Ehlofigkeit verurtheilt worden ist.

Stamm-Actien.	Sf.	Prioritäts-Actien.	Sf.
Brl. Anh. Lit. A. B.	4	Berl.-Anhalt	4
do. Hamb.	4	do. Hambg.	4 1/2
do. St.-Star.	4	do. II. Serie	4 1/2
do. Potsd.-M.	4	do. Potsd.-M.	4
Rgd. = Elbf.	4	do. do.	5
do. Leipziger	4	do. Stettiner	5
Halle = Thür.	4	Rgd. = Leipz.	4
Elb. = Mind.	3 1/2	Halle = Thür.	4 1/2
do. Kachen	4	Elb. = Mind.	4 1/2
Bonn = Köln	5	Rh. v. St. gar.	3 1/2
Düsseld. = Elf.	4	do. I. Priorität	4
Stee. Bohw.	4	do. St. = Pr.	4
Nschl. = Märk.	3 1/2	Düsseld. = Elf.	4
do. Zweigbhn.	3 1/2	Nschl. = Märk.	4
Dschl. Lit. A.	3 1/2	do. do.	5
do. Lit. B.	3 1/2	do. III. Serie	5
Cosel. = Dverb.	4	do. Zwgebhn.	4 1/2
Bresl. Freib.	4	do. do.	5
Krak. = Dschl.	4	Oberschl.	4
Berg. = Märk.	4	Krak. = Dschl.	4
Starg. = Pof.	4	Cosel. = Dverb.	5
Brieg. = Meisse	4	Stee. Bohw.	5
Quitt. = B.	4	do. II. Serie	4
Rgd. = Wittb.	4	Bresl. = Freib.	—
Kach. = Markt.	4	Ausland.	—
Th. Bb. = Bhn.	4	Stamm-Actien.	4
Ausl. Ob.	4	Leipz. = Dresd.	—
Pesth. 26 Fl.	4	Kubw. = Verb.	4
Fr. = B. = Ndb.	4	24 Fl.	4
		Kiel. = Alt. Sp.	4
		Knst. = R. Fl.	4
		Wdtb. = Lhr.	4

Getreidepreise.

(Nach Berliner Scheffel und preuß. Geld.)

Halle, den 16. Januar.

Getreide	Preis	Getreide	Preis
Weizen	1 26 1/2	Gerste	2 2 1/2
Roggen	— 28	Hafer	— 18
Gerste	— 26		— 9
Hafer	— 15		— 9

Magdeburg, den 16. Januar. (Nach Wispeln.)

Getreide	Preis	Getreide	Preis
Weizen	38	Gerste	24
Roggen	28	Hafer	14

Berlin, den 16. Januar.

- Weizen nach Qualität 52—56 ϕ .
- Roggen loco 26—27 ϕ .
- pr. Frühjahr 82 ϕ . 28 1/2 ϕ Br., 28 1/4 ϕ .
- Gerste, groß, loco 22—24 ϕ .
- kleine 19—21 ϕ .
- Hafer loco nach Qualität 15—16 ϕ .
- pr. Frühjahr 48 ϕ . 15 1/2 ϕ à 15 3/4 ϕ .
- Rübsl loco 13 à 13 1/8 ϕ b.
- pr. diesen Monat 13 ϕ .
- Jan./Febr. 12 3/8 ϕ à 13 ϕ .
- Febr./März 12 3/4 ϕ à 12 5/8 ϕ .
- März/April 12 3/8 ϕ à 12 1/4 ϕ .
- April/Mai 12 5/8 ϕ à 12 3/8 ϕ .
- Mai/Juni 12 1/2 ϕ à 12 1/2 ϕ .
- Spiritus loco ohne Faß 14 1/2 ϕ b.
- pr. Jan. 15 à 15 1/4 ϕ .
- Febr. 15 1/2 ϕ .
- März 15 3/4 à 16 ϕ .
- pr. Frühjahr 16 2/3 ϕ Br., 16 1/2 ϕ .

Fonds- und Geld-Cours.

Berlin, den 15. Januar.

Titel	Sf.	Brief.	Geld.	Titel	Sf.	Brief.	Geld.
Pr. Freiw. Anl.	5	—	100 1/2	Pomm. Pfndbr.	3 1/2	91 1/4	90 3/4
St. Schuld-Sch.	3 1/2	79 1/2	79	R. = u. Nm. do.	3 1/2	91 1/2	—
Seb. Pr. = Sch.	—	—	97 1/4	Schlesische do.	3 1/2	—	—
Rur. = u. Neum.	—	—	—	do. Lit. B. ga	—	—	—
Schuldversch.	3 1/2	—	—	tant. do.	3 1/2	—	—
Brl. Stadt-Obl.	5	98 1/4	97 3/4	Pr. Bf. = A. = Sch.	—	—	91 1/2
do. do.	3 1/2	—	—	Febrsch. = Or.	—	13 7/12	13 1/12
Wtpr. Pfandbr.	3 1/2	—	84 1/4	And. Goldm. à	—	—	—
Großh. Pof. do.	4	—	95 3/4	5 Lhr.	—	12 1/8	12 5/8
do. do.	3 1/2	81 1/4	—	Disconto	—	—	4 1/8
Wtpr. Pfandbr.	3 1/2	—	—				

Wasserstand der Saale bei Halle

am 16. Januar Abends 6 Uhr am Unterpegel 7 Fuß 3 Zoll.
am 17. Januar Morgens 6 Uhr am Unterpegel 7 Fuß 8 Zoll.

Wasserstand der Elbe bei Magdeburg

am 16. Januar 25 Zoll unter 0.

Fremdenliste.

Angelommene Fremde vom 16. bis 17. Januar.

- Im Kronprinzen:** Die Hrn. Partif. Baron v. Staff u. Baron v. Söblig a. Berlin. Die Hrn. Kauf. Voss a. Berlin, Rümmer a. Eisenach, Lindner a. Dresden.
- Goldnen Ring:** Frau Dr. Klauer a. Eisenach. Fräul. Mathis a. Weimar. Die Hrn. Kauf. Hoffmann a. Erfurt, Köhler a. Magdeburg.
- Englischer Hof:** Die Hrn. Kauf. Herrmann a. Torgau, Friedrich a. Würzburg. Hr. Oberförster Mar a. Trier. Hr. Pred. Steinthal a. Salfeld. Die Hrn. Buchhdl. Mez u. Mäser a. Berlin.
- Goldnen Löwen:** Hr. Oberförster Belstädt a. Wernigerode. Hr. Dr. Böhme a. Waldeck. Die Hrn. Kauf. Burchara a. Breslau, Grimm a. Benshausen, Peid u. Wiedemann a. Magdeburg, Siebert a. Erfurt.
- Stadt Hamburg:** Die Hrn. Kauf. Bischoff a. Mainz, Kleist a. Magdeburg, Scharnhorst a. Aachen. Hr. Forst-Cand. Haas a. Berga. Hr. Rittergutsbes. v. Lindenbaum a. Mecklenburg.
- Schwarzen Bär:** Die Hrn. Kauf. Braunsdorf a. Leipzig, Panz a. Landau, Weithaas a. Seifersdorf. Hr. Seifenfabrik. Arnold a. Freiburg.
- Goldne Kugel:** Die Hrn. Kauf. Müller a. Leipzig, Liebert a. Trier, Marbie a. Stettin. Hr. Defon. Einert a. Wiesenthal. Hr. Dir. Hallens a. Berlin. Hr. Gutsbes. Wetterlein a. Zwickau.
- Zur Eisenbahn:** Hr. Baron v. Langenfels a. Mecklenburg. Die Hrn. Kauf. Schönher a. Bremen, Rönkenberg a. Hannover, Schatter a. Leipzig, Ullmann a. Magdeburg. Hr. Dr. med. Silber a. Dresden. Hr. Partif. Buttenberg a. Stettin.

Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Wahl der Wahlmänner, von denen die Abgeordneten zur zweiten preussischen Kammer zu wählen sind, findet, wie auf dem Lande, so auch in den Städten des Saalkreises am 22. d. Mts. Vorm. 9 Uhr statt.

Eine Nachweisung über die Wahlbezirke, Wahllokale und Wahlkommissarien folgt nach.
Halle, am 16. Jan. 1849.

Der Landrath des Saalkreises.
v. Bassewitz.

Nachweisung

über die Wahlbezirke in den Städten des Saalkreises.

I. Wettin:

- 1r Bezirk. Die Häuser Nr. 1 bis 140, Nr. 332 bis 331 und die Schachtberger Schäferei. Wahlkomm.: Bürgermeister Bertram; Wahllokal: Rathhaus. 4 Wahlmänner.
- 2r Bezirk. Die Häuser Nr. 141 bis 281. Wahlkomm.: Rathmann Helbig; Wahllokal: Gruneberg'sche Gasthof. 4 Wahlmänner.
- 3r Bezirk. Die Häuser Nr. 282 bis 331 und 335 bis 411 nebst Schachtberg. Wahlkomm.: Kammerer Rittel; Wahllokal: Meichelt'sche Gasthof. 4 Wahlmänner.

II. Cönnern:

- 1r Bezirk. Die Häuser Nr. 1 bis 100 und 201 bis 300. Wahlkomm.: Justizcomm. Seeligmüller; Wahllokal: das Schießhaus. 5 Wahlmänner.
- 2r Bezirk. Die Häuser Nr. 101 bis 200 und 301 bis 388. Wahlkomm.: Oberlandesgerichts-Aktuaris Leiste; Wahllokal: Falke'sche Gasthof. 6 Wahlmänner.

III. Löbejün:

- 1r Bezirk. Die Häuser Nr. 1 bis 101. Wahlkomm.: Bürgermeister Rittel; Wahllokal: Männich'sche Gasthof. 3 Wahlmänner.

- 2r Bezirk. Die Häuser Nr. 102 bis 210. Wahlkomm.: Rathmann Fuchs; Wahllokal: Laurenz'sche Gasthof. 3 Wahlmänner.
- 3r Bezirk. Die Häuser Nr. 211 bis 348. Wahlkomm.: Schichtmeister Schröter; Wahllokal: Penne'sche Gasthof. 4 Wahlmänner.

Fünfzig Thaler Belohnung.

In Jörbig sind vor Kurzem nachstehende zwei anonyme Drohbriese gegen den Herrn Kreisphysikus Dr. Heine ausgeworfen worden.

In Folge höherer Ermächtigung sichere ich Demjenigen, welcher den Verfasser oder Verbreiter derselben dergestalt ermittelt und anzeigt: daß er zur Criminaluntersuchung und Bestrafung gezoogen werden kann, eine Belohnung von

Fünfzig Thalern

zu.

Bitterfeld, den 17. Januar 1849.

Der Königl. Geheime Regierungs- und Landrath
v. Leipziger.

Doctor Heine

Wenn du Hildenhagen noch einmal schlecht machst, und Unterschriften sammelst, schlagen dich todt, oder verbrennen dich mit deinen Collegen, hütet Euch Ihr Schurken und Spitzbuben haltet Ruhe
Unterschriften folgen.

Doctor Heine

Wir sind zufrieden daß uns der König eine Verfassung gegeben hat.

Du steifbeiniger Schurke hüte dich wir hängen dich oder schneiden dir den Hals ab wenn du noch einmal gegen Hildenhagen ausläßt daß heißt wenn du auf dem Lande herumläufst wie ein Betteljunge und Unterschriften sammeln willst, wir wählen Hildenhagen doch wieder so ein Schurke wie du und deine Collegen sind kommen nicht an die Reihe, hütet Euch Ihr Spitzbuben, verbrannt, todtgeschossen, aufgehängt oder todtgeschlagen wollen wir Euch
Unterschriften folgen.

Unterschriften folgen.

Im Verlage des Unterzeichneten erschien so eben, und ist durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Kritische

Prediger-Bibliothek

begründet

von

Dr. J. F. Köhr.

Fortgesetzt

von

Lobegott Lange,

der heil. Schrift Doctor und ordentl. Prof. d. Theologie zu Jena.

Neue Folge.

1. Theil. 1. Heft. gr. 8. geh. Preis 24 Sgr.

Die krit. Prediger-Bibliothek wird in Zukunft die wissenschaftlichen Glaubenslehren der christlichen Religion beurtheilen; als kritische Zeitschrift wird sie prüfen, ob ein solches Werk die reinen Lehren des göttlichen Wortes wirklich darstelle und philosophisch weiter begründe; als Prediger-Bibliothek wird sie zeigen, ob dasselbe den kirchlichen Dienern des göttlichen Wortes zu empfehlen sei. Schon der Name des durch seine Schriften hinlänglich bekannten Herausgebers bürgt dafür, daß derselbe, wie sein würdiger Vorgänger, die Sache des Rationalismus mit unermüdetem Eifer zu vertreten bemüht seyn wird.

Neustadt a. d. Orla, den 8. November 1848.

J. R. G. Wagner.

Tyroler Sänger-Familie Kilian.

Heute, Donnerstag, Concert in der Halloria. Anfang 6¹/₂ Uhr.

Steckbriefserledigung.

Der Justiz-Commissar Röser aus Mücheln ist heute in Merseburg verhaftet worden, was ich mit Bezug auf den Steckbrief von gestern hierdurch bekannt mache.

St. Ulrich, den 15. Januar 1849.
Der Königl. Landrath Quersurthher
Kreises,
von Heildorf.

In Nr. 417 ist das obere Logis von 2 Stuben, Kammer, Kochstube, Küche und Zubehör anderweit zu vermietten und Dstern oder Johanni zu beziehen.

Eben ist erschienen und bei Friedrich Heinze, Schmeerstr. Nr. 704, zu haben:

Das Ende kommt, das tausendjährige Reich ist nahe.

Bewiesen durch die Weissagungen des Propheten Daniel, die Offenbarung Johannis, die wunderbaren Drakelspruche des Fraters Hermann von Lehnau, durch die Schriften des C. Swedenborg, Bengel u. s. w.

Preis nur 2 Gr.

Wer geneigt sein sollte, die Ausleerung der Düngergrube eines Hauses gegen Lieferung des Strohbedarfs für 2 Pferde zu übernehmen, der erfährt das Nähere große Marterstrae Nr. 454 bei dem Kutscher Müller.

Pointtechnische Gesellschaft.

Die Sections-Versammlungen sollen Freitag den 19. Januar Abends 7 Uhr in der hinteren Parterre-Stube des Rathskellers wieder beginnen.

Der Vorstand.

Alle Diejenigen, welche an meinen verstorbenen Bruder, dem Maler und Lackirer Wilhelm Braune, rechtmäßige Forderungen zu machen haben, wollen sich binnen 14 Tagen bei Unterzeichnetem melden.

Eben so fordere ich Diejenigen, welche noch Zahlungen an denselben zu leisten haben, in gleicher Frist auf, solches bis dahin zu bewirken.

Halle, den 12. Januar 1849.
Ferdinand Braune, Maler u. Lackirer,
Marterstrae Nr. 409.

Im Verlage von Eduard Trewendt in Breslau ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen, in Halle bei Anton, Grager, Knapp, Mühlmann, in der Schwetschke'schen Sort.-Buchh. (Pfeffer), in Erfurt bei Gebhardi, Körner, Müller, Ditto, in Nordhausen bei Buchting, Förstemann, Köhne, in Wittenberg bei Kolting und Zimmermann zu haben:

Emancipation. Betrachtungen über die sozialen Verhältnisse. Von dem Verfasser des Freiherrn von Eulen-Spiegel. 8. brosch. 15 Sg.

Feierabend. Jahrbuch für Ernst und Scherz, Belehrung und Unterhaltung. 3r Jahrgang. Mit 7 Stahlstichen. 8. brosch. 7¹/₂ Sg.

Die Heimath. Eine Erzählung für das Volk. Von D. St... berg. 8. brosch. 5 Sg.

Früher erschien in demselben Verlage:

Sammlung von neuen Gedichten, ernstern und heiteren Inhalts, welche sich vorzüglich zum Vortrage eignen. 8. brosch. 10 Sg.

Aufforderung!

Wer noch an den alten preussischen Wohlstand hält: „Mit Gott, für König u. Vaterland!“ wird gebeten, Sonnabend den 20. Januar Nachmittags zwei Uhr in Stumsdorf zu sein, denn es will dort **einmal** eine Volksversammlung halten, der sich von demselben losgesagt hat.

Auctions-Anzeige.

Dienstag den 23. d. M. und folgende Tage sollen im Gasthose zu Rollsdorf eine Masse Gegenstände, als: 4 Stück Brau-Bottiche zu 30—60 Tonnen, 2 Stück Kuhlschiffe zu 20—30 Tonnen Gehalt, Lager- und Transport-Gefäß, eine Malztrommel, eine Hobel- u. Drehbank, so wie verschiedenes Böttcher-Handwerkzeug, 3 Stück starke trockene eichene Schäfte für Müller oder Böttcher; ferner Gastwirthschafts-Utensilien, als: Tafeln, Tische, Stühle, Bänke, Schränke, Betten, Glas und Porzellan, Küchen- und Wirthschafts-Geräthe, ein großer kupferner Kessel, Kleidungsstücke ic., meistbietend verkauft werden, und wird mit den Brau-Geräthschaften der Anfang gemacht.

18/1. Sch. b. J. L'Encre.

Gesuch. Ein junger Mensch, der Lust zur Dekonomie hat, sucht eine Stelle als Lehrling. — Ein Dekonomie-Verwalter, der so eben seine Militairpflicht geleistet, sucht eine anderweitige Stelle als Verwalter, und kann derselbe sogleich oder nach Befinden zu Dstern antreten. Frankirte Adressen mit O. P. M. bezeichnet, wird die Expedition des Couriers weiter befördern.

Ziegelmeistergesuch.

Auf der neuen Ziegelei und Kalkbrennerei in der Stadt Mühlberg a. d. Elbe wird ein derartiger Ziegelmeister, welcher 2—300 Rthl Cautions stellen und den 1. April antreten kann, unter annehmbaren Bedingungen gesucht. Näheres ertheilt der Dekonom Starik in Teutschenthal bei Halle.

Ein Dekonomie-Verwalter, der bereits auf einigen Gütern zur Zufriedenheit seiner Prinzipale conditionirte, und sich sowohl der inneren als äußeren Wirthschaft thätig gewidmet hat, sucht zu Dstern dieses Jahres eine anderweitige Stellung.

Nähere Auskunft wird Herr Kaufmann Stange vor dem Klaussthor hier zu ertheilen die Güte haben.

Halle, den 15. Januar 1849.

Familien-Nachrichten.

Entbindungs-Anzeige.

Freunden und Verwandten die ergebenste Anzeige, daß mich meine liebe Frau Therese, geb. Siebelhausen, heute mit einem gesunden kräftigen Knaben beschenkt hat.

Eisleben, den 16. Januar 1849.

Bindewald, Justiz-Comm.

Todes-Anzeige.

Heute früh ¹/₂ 2 Uhr starb nach kurzem Krankenlager am Nervenfieber mein innigstgeliebter hoffnungsvoller Sohn in einem Alter von 17 Jahren. Allen, die den Dahingeschiedenen kannten, zeigt tief betrübt dieses schmerzliche Ereignis hierdurch mit der Bitte um silles Beileid an
Halle, d. 16. Januar 1849.
verw. Prediger Plenk nebst 4 Kindern.

Todes-Anzeige.

Heute Morgen gegen 2 Uhr entschlief meine Tante, die verwittwete Frau Oberhuttenmeisterin Weiland, in ihrem 80. Lebensjahre.

Halle, den 17. Januar 1849.

Rehmiz,
Oberbergamts-Secretair.

**Denkschrift des Reichsministeriums
über die dänische Politik wegen Schleswig-
Holstein.**

Die bereits erwähnte Denkschrift des Reichsministeriums der auswärtigen Angelegenheiten in Betreff der schleswig-holsteinischen Verhältnisse lautet ihrem Hauptinhalte nach folgendermaßen: „Seit den Beschlüssen der deutschen Nationalversammlung über den Waffenstillstand von Malmö hat die dänische Regierung bei verschiedenen Anlässen gegen Deutschland Anklagen der Verletzung eingegangener Verbindlichkeiten erhoben, während sie für sich das Verdienst gewissenhafter Vertragserfüllung in Anspruch nahm. Die Centralregierung Deutschlands hat lange zu diesen Vorwürfen geschwiegen, weil sie von den Verhandlungen den Charakter eines Austausches von Beschuldigungen fernzuhalten wünschte, und weil die offenkundige Geschichte des Waffenstillstandes zu laut für ihre Mäßigung und ihren Rechtsinn sprach, als daß sie von Darstellungen, deren Befangenheit dem Urtheile der Staatsmänner Europas klar vorlag, einen ihr ungünstigen Eindruck hätte befürchten dürfen. Jetzt aber hat Dänemark, indem es die Besatzung der Insel Alsen vertragswidrig durch eine bedeutende Truppenmacht verstärkt, und gleichzeitig die Herzogthümer zum Ungehorsam gegen die gemeinsam mit der deutschen Centralgewalt eingesetzte Regierung aufgefordert hat, sowohl den militärischen als den politischen Theil des Waffenstillstandes offen übertreten, ja völlig beseitigt. Die Lage ist hierdurch so unhaltbar und die Gefahr so dringend geworden, daß die Reichsregierung die Pflicht hat, durch eine offene Erklärung über ihr Verhalten zur Prüfung der Frage beizutragen, auf welcher Seite die Verantwortlichkeit für die möglichen unglücklichen Folgen eines Bruches zu suchen sei. Um zu zeigen, daß Dänemark von Anbeginn an, im Unmuth über getäuschte Erwartungen, die wahre Sachlage verkannt und mit unrichtigen Mitteln gegen dieselbe angekämpft hat, ist es nöthig, auf den Anfang der eingetretenen Schwankungen zurückzugehen. Dänemark war, auch nachdem es, dem Frieden zu Liebe, die unbestimmte Genehmigung des Vertrags nicht zurückgewiesen hatte, — was diesseits ehrende Anerkennung fand, — noch immer vollkommen berechtigt, die einzelnen Anträge auf Abänderung abzulehnen. Ebenso lag es in seinem Rechte, die Zustimmung zu denselben von Bedingungen und Gegenbewilligungen abhängig zu machen, und die Rücksicht auf thatsächliche Nothwendigkeiten, die ihm zugemuthet wurden, auch für sich zu begehren. Waren aber einmal Verabredungen getroffen, dann stand es Dänemark nicht zu, über diese Vereinbarungen und über ihre Folgen, wie über Verletzungen seines Rechtes, zu erheben. Die vom 4. und 9. Oct. datirten Erklärungen gestatteten keinen Zweifel darüber, daß die neue Regierung in der Voraussetzung nicht strenge an Wort und Sinn des Art. 7 des Waffenstillstands gebunden zu sein, nur mit Unterstützung der Vertreter des Landes und nach den Formen des Staatsgrundgesetzes ihr Amt zu führen gedenke. Ungeachtet dieser Erklärungen erfolgte am 12. October die dänische Genehmigung der Wahl dieser Regierungsmitglieder, ohne daß ein entgegenstehendes Verlangen von Seiten Dänemarks gestellt wurde, was auch nur die Ablehnung des Amtes würde bewirkt haben. Diese Behörde war mithin von Dänemark selbst, auf den Grund des ausdrücklich und stillschweigend abgeänderten Vertrages, eingesetzt und zur Regierung der Herzogthümer im Namen des Landesherrn berufen. Daß dieselbe ihre Stellung nicht anders auffassen würde, wie sie gethan hat, das von hatte Dänemark bestimmte Wissenschaft, wenn dies auch, um die Einsetzung zu erleichtern, nicht vorher laut verkündigt worden war.“ Sei es auch erklärlich, wird weiter ausgeführt, daß die Kundmachung, mit welcher die neue Regierung ihre Wirksamkeit eröffnet habe und wodurch sie fast alle seit dem 17. März erlassenen Verordnungen, einschließlich des Staatsgrundgesetzes, wieder in Kraft treten ließ, in Dänemark Bedauern und Aufregung hervorgerufen habe, so sei doch diese Kundmachung nur die Erfüllung einer bei allen Theilnehmenden vorhandenen Voraussetzung gewesen. Dennoch habe Dänemark sofort den rechtmäßigen Bestand der kaum eingesetzten Regierung angegriffen. Der dänische Commissär habe Schleswig verlassen, das dänische Ministerium in Kopenhagen die ausdrückliche Zurücknahme des Staatsgrundgesetzes und vieler anderen Verordnungen verlangt und sich nur durch Vorstellungen der Vertreter der Reichsgewalt mit dem gleichlautenden Proteste der beiderseitigen Commissäre begnügt. „Mit der größten Bestimmtheit muß behauptet werden, daß dieser am 28. Oct. erlassene gemeinsame Protest das Ergebnis einer Vereinbarung war, wodurch den Forderungen Dänemarks hinsichtlich der Kundmachung vom 22. Oct. vertragsmäßige Schranken gezogen wurden. Der diesseitige Commissär würde den Protest nicht unterzeichnet haben, wenn durch denselben nichts entschieden, nicht der Streit hätte geschlichtet werden sollen, ja wenn der dänische Minister nicht ausdrücklich auf die angekündigte Absicht einseitiger drohender Schritte gegen die gemeinsame Regierung verzichtet hätte. Dänemark durfte sich aber nicht für berechtigt halten, auch außer dem Bereiche dieses Protestes weitergehende, mit der Centralgewalt nicht verabredete Forderungen an die gemeinsame Re-

gierung als Bedingung der ferneren Anerkennung ihrer Rechtmäßigkeit zu stellen.“ Es wird dann weiter entwickelt, wie die dänische Regierung diese Vereinbarung abermals gebrochen habe, wie immer offener ihr Plan hervorgetreten sei, durch Aufreizungen aller Art den dänisch redenden Theil der Bevölkerung Schleswigs zum Widerstande gegen die Regierung zu bewegen, wie man immer weniger Verletzungen des Waffenstillstandes gescheut habe. „Die dänische Regierung sprach und handelte nicht mehr anders, als ob in Schleswig eine deutsche Regierung gleichbedeutend wäre mit Anarchie, ein dänischer Aufruhr gleichbedeutend mit Ordnung und Gesetzmäßigkeit.“ Als der hauptsächlichste Vertragsbruch wird die, bald nachher zurückgenommene Einsetzung der besetzten Immediatcommission auf Alsen angeführt, die Weigerung, die Inseln Alsen und Arroe der Civilverwaltung der gemeinsamen Regierung zu überlassen. Inzwischen war, nach dem gemeinsamen Proteste, die dänische Regierung zu dem Entschlusse gelangt, ihrerseits mit Anträgen auf abändernde Vereinbarungen durch ihren Gesandten in Frankfurt hervorzutreten, und lehnte mit Bezug hierauf jenes Begehren ab. Die in Frankfurt solcher-gestalt am 18. November nachträglich vorgebrachten Gegenforderungen bestanden in drei Punkten: ausdrückliche Mißbilligung des Verfahrens der gemeinsamen Regierung und Zurücknahme oder Annullirung wenigstens der in dem Proteste vom 28. Oct. namentlich bezeichneten Anordnungen; Ueberlassung der Verwaltung von Alsen und Arroe; gänzliche Zurückziehung der deutschen Reichstruppen aus dem Herzogthume Schleswig. Bereits mit Einrückung vom 23. October, ehe man in Kopenhagen von dem Auftreten der am 22. zu Schleswig eingesetzten Regierung das Geringste wissen konnte, ordnete die dänische Regierung eine neue Verwaltung der Inseln an, mit dem Befehle, dieselbe so lange fortzusetzen, bis sie für den Schutz ihrer Rechte so vollständige Bürgschaft habe, daß sie die Verwaltung mit Zuversicht der Regierung der Herzogthümer übergeben könne. Aus dieser freilich dem deutschen Gesandten in Kopenhagen nicht zur Kenntniß gekommenen Verfügung folgt, daß die Inseln als Pfand für die Erfüllung des Waffenstillstandes in dänischem Sinne dienen sollten, wozu der Vertrag kein Recht gewährt. Es dürfen hier die eigenen Worte der dänischen Regierung in einer Note vom 16. Oct. gegen sie gewendet werden, worin es wörtlich heißt: „Obgleich nicht zu verkennen ist, daß ernste Schwierigkeiten der Ausführung sowohl des Art. VII. als des Additionalartikels I., der Convention vom 26. August d. J. in den Weg getreten sind, so muß die königliche Regierung doch des Dafürhaltens sein, daß die Erfüllung der übrigen Bestimmungen der gedachten Convention von der Ausführung jener Artikel, und namentlich von einer in Betreff der zu installirenden neuen Regierung zu treffenden Vereinbarung, nicht abhängig gemacht werden könne.“ Also durfte auch Dänemark die verfassungsmäßige Uebergabe der beiden Inseln nicht davon abhängig machen, daß eine in seinem Sinne handelnde Regierung zu Stande komme. Noch kommt in Betracht, daß die Gesinnung der Bevölkerung der Inseln keineswegs ungeteilt ist, daß Wünsche der Vereinigung und Beschwerden über Unterdrückung von Alsen aus an die gemeinsame Regierung gerichtet worden sind, und vorzüglich, daß die Fortdauer der abgesonderten Verwaltung ein in hohem Grade nachtheiliges Präjudiz für den Frieden bildet. Aus diesen Gründen mußte auf der Uebergabe der Verwaltung der genannten Inseln bestanden werden. Die dritte Mobilisation, die Zurückziehung der Reichstruppen aus dem Herzogthum Schleswig, konnte von der Reichsregierung unmöglich als bindende Verpflichtung zugelassen werden, um so weniger, da Dänemark in militärischer Hinsicht den Vertrag mehrfach, namentlich durch Truppeneinmärsche nach den dänischen Enclaven, überschritten hatte. Um jedoch einen Beweis persönlicher und vertrauender Gesinnung zu geben, und mit Rücksicht auf einige vorgefallene Conflict, gab die Centralgewalt Befehl, für jetzt die Reichstruppen, Badener und Hanscater, aus Schleswig zurückzuziehen. In Folge dieses Zugeständnisses ist noch in diesem Augenblicke das Herzogthum Schleswig, während es durch die dänische Armee von zwei Seiten her bedroht und durch königliche Proklamationen zum Ungehorsam aufgefordert wird, nicht von einer einzigen Compagnie deutscher oder holsteinischer Truppen, sondern ausschließlich von eingebornen schleswig'schen Mannschaften besetzt, an welche die dänischen Soldaten Aufforderungen zum Abfall über die Grenze schicken. Es ist dieses, im Vorbeigehen bemerkt, dasselbe Schleswig, welches Dänemark nicht müde wird, als dem Terrorismus einer deutschen Partei verschaffen darzustellen. In dieser Weise beantwortete das Reichsministerium am 16. d. Mis. die dänischen Noten vom 18. und 25. Nov., und unmittelbar nachher, also ohne daß die dänische Regierung diese Antwort abgewartet hätte, erhielt dasselbe kurz nacheinander die Nachrichten von dem doppelten offenen Bruche des Waffenstillstandes, durch die Verstärkung der Besatzung von Alsen und durch die königliche Erklärung, daß es keine rechtmäßige Obrigkeit in den Herzogthümern gebe. Ueber beide Maßregeln richtete das dänische Cabinet an die Centralregierung Deutschlands kein Wort der Erklärung oder nur der Nachricht. Vertretern dritter Mächte soll die Versicherung ertheilt worden sein, daß die Verstärkung der Besatzung Alsens nur den Schutz dieser

Insel, keinen Angriff auf Schleswig bezwecke. „Die Regierung des Reichsverweisers hat durch die gegenwärtige Darstellung nicht beabsichtigt, die Gefühle eines ehrenwerthen Gegners zu verletzen. Sie hat aber den mehr als nöthig und billig ausgestreuten Vorwurf, als habe Dänemark zum Lohne für bewiesene Vertragstreue und Verföhllichkeit nur Unrecht über Unrecht erfahren, für jetzt und für immer von dem deutschen Namen abwehren wollen. Sie wünscht zugleich das Ihrige zur allgemeinen Beruhigung zu thun, indem sie erklärt, daß sie sich gegenüber den drohenden Schritten Dänemarks auf Maßregeln der Vorsicht beschränkt hat, daß sie den Waffenstillstand und die spätern Vereinbarungen, so lange sie nicht zum Gegentheile gezwungen wird, freiwillig einzuhalten entschlossen ist, und daß sie mit angestrengter Bemühung das Ziel verfolgt, die nicht durch sie heraufbeschworne Gefahr wieder zu beseitigen. Frankfurt, d. 29. Dec. 1848.“

Bekanntmachungen.

An die Bewohner der Mansfelder Kreise.

Der Hallische Courier hat uns unterm 10. d. M. eine Deputirten-Candidatenliste mit dem Namen Eckardt, Bolze, Giseke, Reichardt, Büchtemann und Koloff gebracht. Zu bedauern ist, daß die drei ersteren Herren jede sietreffende Wahl ablehnen zu müssen erklärt haben. Aber auch die übrigen drei Namen bezeichnen uns ehrenwerthe gesinnungstüchtige Männer, welche sich weder durch die Märztage, noch durch den Steuerverweigerungsbeschluß haben irre leiten lassen, welche festhalten am constitutionellen Königthum, und deren bisheriges Leben uns auch für ein tüchtiges Wirken in den Kammern Bürgerschaft giebt.

Dasselbe Urtheil sprechen wir über die Herren Justiz-Rath Jüngken in Eisleben, Hüttenmeister Zimmermann in Burg-Derner und Rector Eckstein in Halle als für die erste Kammer geeignete Deputirte aus, und empfehlen daher diese mit jenen den künftigen Wahlmännern zur Berücksichtigung.

Freunde des constitutionellen Königthums.

Im Verlage der Unterzeichneten erschien so eben und ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes:

Mercklin, L., Die Cooptation der Römer. Eine sacralrechtliche Abhandlung. Gr. 8. Geheftet 2 Thlr.

Den Gegenstand dieser Abhandlung bildet die römische Priesterwahl, ein Problem, dessen Lösung die römische Verfassungsgeschichte bisher vermisste. Der Herr Verfasser hat durch die Berücksichtigung der verwandten Wahlformen der politischen Körperschaften einen breiteren Standpunkt genommen und somit einen umfassenden Beitrag zur Charakteristik des römischen Socialwesens geliefert.

Mitau und Leipzig, November 1848.

G. A. Reyher's Verlagsbuchhandlung.

Nothwendige Subhastation.

Das dem Hüfner Johann Gottlieb Reiche eigenthümlich zugehörige, im Dorfe Meiden (Kreis Torgau) belegene und sub Nr. 5 in dem Hypothekenbuche eingetragene Zweihufengut, gerichtlich zu 9593 Rfl 18 1/2 4 2 abgeschätzt, soll auf den 26. April 1849 von früh 10 bis 12 und Nachmitt. von 3 bis 6 Uhr an hiesiger Gerichtsstelle an den Meißelenden verkauft werden. Taxe und Hypothekenschein können jederzeit hier eingesehen werden.

Dommissch, den 30. Septbr. 1848.

Patrimonial-Land-Gericht.

Dunker.

Niemeyer.

Keserstein.

Eckstein.

Jacob.

Fubel.

Wucherer. v. Bassewitz.

v. Beltheim. Neubaur.

Einen dunkel grünseidenen Regenschirm mit etwas gebogenem Griff hat der Eigenthümer vor einiger Zeit irgendwo stehen lassen.

Wer denselben durch Vermittelung der Expedition des Couriers zurückbringt, erhält eine angemessene Belohnung.

Gute Federbetten sind zu verkaufen Steinweg Nr. 1718, hinten im Hofe rechts.

Ein Landgut mittlerer Größe wird zu pachten gesucht. Offerten bittet man unter H. P. an die Expedition des Couriers gelangen zu lassen.

Eine gebildete Frau sucht eine Stelle als Haushälterin bei einem ältern Herrn oder Dame. Das Nähere sagt A. Linn, Lucke Nr. 1356 in Halle.

Aus der constitutionellen Bürgerversammlung.

In der constitutionellen Bürgerversammlung am 10. d. M. erzählte ein Redesiger eine Geschichte von einem wohlhabenden Schuhmacher, dem eine bedeutende Lieferung Militärstiefeln in Arbeit gegeben worden sei. „Der Wohlhabende that die Arbeit“, so erzählte der Sprecher, „an die ärmeren Schuhmacher aus und wenn sie die fertigen Stiefeln brachten, tadelte und verworf er diese und drohte sie gar nicht anzunehmen, ließ man ihm die Stiefeln aber um einen billigern Preis, so fand er sie gut. Der Wohlhabende übte hier einen tadelnswerthen Druck auf den ärmern Schuhmacher aus.“ Als dem Redesigen hierauf bemerkt gemacht wurde, daß sich dieser Fall im Preussischen wohl nicht ereignet hätte, bemerkte er, daß er dies zwar nicht behaupten wolle, daß er aber dergleichen und noch viel schlimmere vom preussischen Staate erzählen könne. Er sprach nun noch von den Mitteln, wie dem Handwerkerstande aufzuhelfen sei. Die Worte klangen alle ganz einschmeichelnd, wenn nur die eigenen Thaten dieser Wortmacher den Redensarten nicht widersprächen. Dem Erzähler obiger Schuhmachergeschichte und dem Ankläger des preussischen Staates, in dessen Kenntniß er noch keine großen Fortschritte gemacht zu haben scheint, will ich eine ähnliche Geschichte erzählen, die er sicherlich recht genau kennt. Vor längerer Zeit kaufte ich mit einem meiner Kollegen Holz in Weisensfeld; mit den bestimmten Maßen und Preisen waren wir zufrieden. Der Erzähler der Schuhmachergeschichte kaufte auch eine Parthie, gleichfalls nach angegebener Beschaffenheit, Maß und Preis. Das Holz kam mit einemmal in Flößen auf der Saale und wurde aufs Land geschleift. Ich und mein Kollege waren mit dem Holze zufrieden, unser Erzähler aber, der sich für Hebung der Handwerker so eifrig anstellt, machte es wie sein reicher Schuster und tadelte das Holz in jeder Beziehung und ohne Ausnahme eines Stammes, bis er zuletzt erklärte, er könne das Holz gar nicht gebrauchen. Der Verkäufer war in großer Verlegenheit; und da er sein Holz nicht stromaufwärts flößen oder nach Hause tragen konnte, so machte er es, wie der arme Schuster, er ließ am Maß, an Zahl wie am Preise viel fahren, und siehe da, das Holz war auf einmal gut zum Verarbeiten, der redselige Erzähler nahm das Holz, das vorher schlecht war, wie der Schuster die Stiefeln, die vorher nichts taugten. Wird das Verfahren des Schuhmachers zum Beweise angeführt, wie wohlhabendere Gewerbetreibende ihre ärmeren Genossen drücken, so zeigt uns dieser Holzkauf ganz dasselbe Verfahren der Selbstsucht. Und wenn der Erzähler meinte, daß derartige Fälle und noch schlimmere im preussischen Staate vorkämen, so hat er wahrscheinlich, sich im Geiste auf die Brust schlagend, an sich selber gedacht, und dies ist der einzige Punkt, worin ihm Jeder Recht giebt.

Ein Gewerbetreibender.